

Wachsendes Terrorrisiko in 2022

Wie gefährlich sind Coronaleugner und Impfgegner?

In der Corona-Pandemie nehmen Staats- und Demokratiefeindlichkeit zu. Sicherheitsbehörden befürchten weitere Angriffe auf Politiker – bis hin zu Anschlägen.

Die Sicherheitsbehörden blicken pessimistisch ins neue Jahr. Sorge bereiten die zunehmende Verzahnung von Coronaleugnern und Impfgegnern mit Rechtsextremisten und Reichsbürgern, aber auch die anhaltenden Gefahren des islamistischen Terrors und der Militanz in Teilen des linksextremen Spektrums. Der Tagesspiegel hat Experten, die an den Themen nah dran sind und namentlich nicht genannt werden möchten, nach Prognosen gefragt. Die Antworten sind beunruhigend.

Der Hass eskaliert. „Die Zündschnur wird selbst bei ganz normalen Bürgern immer kürzer“, sagt **Thüringens Verfassungsschutzchef Stephan Kramer**. Sollte die Pandemie im kommenden Jahr noch schlimmer werden, „gehen noch mehr Leuten die Nerven durch“. Rechtsextremisten würden die Wut noch auf die Spitze treiben, um den Rechtsstaat noch stärker herauszufordern.

„Wir haben es bei extremen Coronaleugnern und Impfgegnern mit einer Staats- und Demokratiefeindlichkeit zu tun wie beim Kapitolsturm in den USA“, sagt ein

Sicherheitsexperte. Im Januar 2021 waren in Washington Tausende Anhänger von Präsident Donald Trump, darunter Verschwörungstheoretiker und Rechtsextremisten, ins Kapitol eingedrungen. Fünf Menschen starben. Der Angriff hat auch die deutschen Sicherheitsbehörden erschreckt, zumal im August 2020 bereits Coronaleugner, Rechtsextremisten und Reichsbürger in Berlin einen Sturm auf das Reichstagsgebäude versucht hatten.

Der Experte warnt, zunehmend aggressiv würden Maßnahmen des Staates zur Bekämpfung der Pandemie umgedeutet in Akte einer Diktatur, „gegen die wir uns wehren müssen“. Von der Agitation würden auch Bürger erfasst, die aus irgendeinem Grund mit der Demokratie unzufrieden seien.

Und das Potenzial sei enorm. Am 20. Dezember hätten bundesweit 150.000 Menschen an 830 Veranstaltungen von Coronaleugnern und Impfgegnern teilgenommen – in der vermeintlichen Tradition der Montagsdemonstrationen 1989 in der DDR. Auch wenn längst nicht alle Coronaleugner und Impfgegner Extremisten seien, nähmen Staats- und Demokratiefeindlichkeit zu.

Die Sicherheitsbehörden befürchten vor allem weitere Angriffe auf Politiker, Polizei und Journalisten, bis hin zu Anschlägen. Die Mordpläne der Chatgruppe „Dresden Offlinevernetzung“ gegen Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) seien ein Warnsignal. Im

Messengerdienst Telegram hatte die Gruppe über ein Attentat auf ihn und weitere Politiker gesprochen.

Mitte Dezember durchsuchte die Polizei Wohnungen von Mitgliedern der Chatgruppe und fand Armbrüste sowie weitere Waffen. Sicherheitskreise betonen zudem, es gebe außerhalb von Sachsen weitere, ähnlich hasserfüllte Gruppen. Und der Name „Offlinevernetzung“ wird offenbar zum Symbol. In Nordrhein-Westfalen hat sich eine Gruppe „NRW Offlinevernetzung“ gebildet, die auch extrem aggressiv gegen den Staat agitiert. Der Begriff **Offlinevernetzung**, so ein Experte, könnte ein Logo werden wie einst „Pegida“ für Rassisten bundesweit.

Die vom Spektrum gewaltbereiter Coronaleugner und Impfgegner ausgehende Terrorgefahr sei hoch, warnt ein Sicherheitsexperte. Die zunehmende Emotionalisierung, noch angefacht durch antisemitisch gefärbte Verschwörungstheorien, verstärke bei radikalisierten Kleingruppen und Einzelpersonen das Gefühl, handeln zu müssen.

Ein schreckliches Beispiel ist der Mord an einem Tankwart in Idar-Oberstein. Im September hatte ein Coronaleugner den jungen Mann, der als Aushilfe an der Kasse saß und von dem Kunden das Tragen einer Maske forderte, erschossen. Solche Taten seien angesichts des „Flächenbrands“ der Drohungen gegen impfende Ärzte, Politiker, Journalisten und andere Feindbilder von Coronaleugnern und Impfgegnern auch im kommenden Jahr zu befürchten, sagen Sicherheitsexperten.

Aufgaben:

- Worin bestehen aktuell Gefahren für die Demokratie?

Gruppenarbeit: Bereitet eine kurze Präsentation zu einer demokratiefeindlichen Bewegung vor

Berücksichtigt dabei folgende Leitfragen:

- Welche Gefahr geht von dieser Bewegung für die Gesellschaft/ die Demokratie aus?
- Wie kann sich die Gesellschaft wehren? verfassungsrechtliche Möglichkeiten? / Was unternimmt die Bunderegierung/ die Exekutive?
- Wie effizient sind diese Maßnahmen?
- Recherchehilfe: https://www.verfassungsschutz.de/DE/home/home_node.html
<https://www.berlin.de/sen/inneres/verfassungsschutz/>